

**Garrelt Duin**  
Ostfriesisch. Klar.

Moin,

ich wünsche viel Spaß beim  
Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße  
Garrelt Duin, MdB



Berlin, 15. April 2011

[www.garreltduin.de](http://www.garreltduin.de)

Ausgabe 4 / 2011 II

## Solidarisch, gerecht und leistungsfähig

SPD legt Konzept für Bürgerversicherung vor / Rückkehr zur paritätischen Finanzierung / Alle zahlen ein

Die SPD hat ein Konzept für eine Bürgerversicherung vorgelegt. Das Besondere: Künftig sollen alle Krankenversicherten zum gleichen Bürgertarif versichert werden. Garrelt Duin: „Mit der Bürgerversicherung stärken wir die solidarische Finanzierung des Gesundheitswesens und überwinden die bestehende Zwei-Klassen-Medizin.“

Die Bürgerversicherung schafft die Grundlage, dass alle Bürger medizinische Leistungen auf hohem Niveau erhalten. Das von der Parteispitze vorgelegte Konzept ist eine richtungsweisende Vorlage. Einzelheiten werden in den nächsten Monaten diskutiert, ehe der Parteitag im Dezember die Bürgerversicherung beschließt.

**Die Bürgerversicherung ist eine Versicherung für alle.** Während die Bundesregierung aus der Zwei-Klassen-Medizin mit Zusatzbeiträgen und Kopfpauschalen eine Drei-Klassen-Medizin machen will, sorgt die SPD dafür, dass alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können. In der Bürgerversicherung entscheidet alleine die Schwere der Krankheit über Art und Schnelligkeit der Behandlung.

Die Bürgerversicherung ist solidarisch, weil künftig auch die hohen und höchsten Einkommen mit in der Versicherung sind. Die Trennung zwischen gesetzlich und privat Versicherten wird aufgehoben. Damit tragen auch die Besserverdiener zur Bürgerversicherung bei. Zusätzliches Geld soll gemäß Vorlage die Bürgerversicherung aus Steuern auf Kapitaleinkommen erhalten.

**Die Bürgerversicherung ist gerecht,** weil alle gemäß ihres Einkommens in die Versicherung einzahlen. Die Arbeitgeber übernehmen künftig wieder den gleichen Anteil an der Finanzierung wie die Arbeitnehmer. Und wir schaffen eine Möglichkeit für Geringverdiener, sich zu fairen Beiträgen zu versichern.

Die Bürgerversicherung ist leistungsfähig. Ihre Finanzierung über die drei Säulen Bürgerbeitrag, Arbeitgeberbeitrag und Steuerbeitrag sorgt dafür, dass ausreichend Mittel für die Gesundheitsversorgung zur Verfügung stehen. Durch gleiche Rahmenbedingungen für gesetzliche und private Krankenkassen werden falsche Anreize beseitigt, so dass sich alle darum kümmern können, die bestmögliche Versorgung zu bekommen.

Garrelt Duin: „Für uns Sozialdemokraten gilt: Gesundheit ist ein Menschenrecht.“ Deshalb muss es eine Krankenversicherung für alle geben - solidarisch und gerecht. Das ist die Bürgerversicherung. Duin: „Das Konzept der

Bürgerversicherung kann ein großer Schritt nach vorne werden. Allein die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung macht uns deutlich als SPD erkennbar. Ich wünsche mir eine breite Diskussion unter den Mitgliedern.“

## Frohe Ostern





# PID im Bundestag: Eine Frage des Gewissens

Drei Vorschläge: Gentest an Embryonen aus künstlicher Befruchtung vor der Übertragung in die Gebärmutter ?

Der Bundestag debattierte am vorigen Donnerstag erstmals über eine ethisch schwierige Frage: Dürfen Paare mit der Veranlagung, schwer kranke Kinder zu bekommen, nach einer künstlichen Befruchtung Gentests an Embryonen vornehmen zu lassen, bevor diese in die Gebärmutter eingepflanzt werden? Stichwort: Präimplantationsdiagnostik, kurz PID. Anhänger und Gegner stritten konzentriert und ernst und warben für ihre Positionen. Die Abstimmung erfolgte im Juni.

Bisher ist die PID durch das Embryonenschutzgesetz verboten. Der Bundesgerichtshof urteilte im Juli 2010 jedoch, dass das Gesetz kein grundsätzliches Verbot umfasst. Somit muss die Lage gesetzlich geregelt werden. Dem Bundestag liegen drei Vorschläge zur gesetzlichen Regelung vor, die als Gruppenanträge jeweils fraktionsübergreifend eingebracht wurden.

**Garrelt Duin entscheidet sich für den so genannten dritten Vorschlag**, gestützt von MdB Rei-

mann und anderen. **Duin: „Es war die schwierigste Entscheidung meines Lebens. Sie ruht auf einer 51:49-Abwägung.“** Der Vorschlag lässt die PID in Ausnahmefällen zu, in denen ein oder beide Elternteile die Veranlagung für eine schwerwiegende Erbkrankheit in sich tragen oder mit einer Tot- oder Fehlgeburt zu rechnen ist. Grundvoraussetzung ist die sorgfältige Diagnostik bei beiden Partnern nach strengen Kriterien. Der Eingriff darf nur in lizenzierten Kliniken vorgenommen werden. Verpflichtend sind eine vorherige Aufklärung und Beratung sowie die Zustimmung einer Ethikkommission. Die Gesetzesänderung betrifft das Embryonenschutzgesetz. **Duin: „Kernargument ist für mich der Schutz von Frauen und Paaren vor schweren körperlichen und seelischen Belastungen im Hinblick auf die Schwangerschaft und die Vermeidung von Spätabbrüchen.“** An die PID sollen außerdem die gleichen Maßstäbe angelegt werden wie an die Pränataldiagnostik. Diese erlaubt den Schwangerschaftsabbruch bei festgestellten schweren genetischen Schäden.

**Der erste Vorschlag** (MdB Bender und andere) sieht ein Verbot der PID vor. Einschränkungen oder Ausnahmeregelungen werden als faktisch unmöglich eingeschätzt und bergen zudem die Gefahr der Ausweitung, sagen die Antragsteller. Als Grundproblem wird aus ihrer Sicht die Unterscheidung zwischen lebenswertem und nicht lebenswertem Leben betrachtet, die das Grundrecht der Menschenwürde einschränkt und Menschen mit Behinderungen diskriminiert. Die Gesetzesänderung betrifft das Gesetz über genetische Untersuchungen bei Menschen (GenDG), das auf PID erweitert und spezifiziert würde.

**Der zweite Vorschlag** (MdB Röspele und andere) spricht sich für eine begrenzte Zulassung der PID aus. Das grundsätzliche Verbot findet keine Anwendung, wenn bei mindestens einem Elternteileine humangenetisch diagnostizierte Disposition vorliegt, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Fehl- oder Totgeburten oder zum Tod des Kindes im ersten Lebensjahr führt.

Im Fokus steht demnach kein bestimmtes Krankheitsbild, sondern die (Über-)Lebensfähigkeit des Embryos. Eine Ausweitung auf andere schwere Erbkrankheiten wird abgelehnt, da eine solche Eingrenzung als unmöglich erscheint.

Im genannten Ausnahmefall werden Verfahrensregeln wie beispielsweise die Beschränkung auf eine lizenzierte Klinik, Beratungs- und Dokumentationspflicht, Einzelfallentscheidung einer Ethik-Kommission und Berichtspflicht der Bundesregierung angewandt. Die Gesetzesänderung betrifft das Embryonenschutzgesetz.

**Hintergrund der Gesetzesänderung:** Als der Bundestag vor 20 Jahren das Embryonenschutzgesetz beschloss, gab es die PID bei uns noch nicht. Als erste PID-Forschungserfolge im Ausland bekannt wurden, dachte man, diese Gentests seien durch das bestehende Embryonenschutzgesetz bei uns verboten. Das änderte sich durch das Urteil des BGH vom 6. Juni 2010.

## Im Gespräch mit Print, Funk und Fernsehen



Gespräche mit Journalisten gehören zum Tagwerk von Garrelt Duin, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecher des Seeheimer Kreises von SPD-Bundestagsabgeordneten. Lars Bohnsack fragte ihn fürs ZDF-„Heute-Journal“ zur Lage der SPD (links), zum gleichen Thema wollte ARD-Reporterin Bettina Schausten etwas von ihm wissen. „Bild“-Korrespondent Rolf Kleine (Foto rechts stehend) hielt der SPD in einem Gespräch den Spiegel vor. Ganz rechts MdB Johannes Kahrs, Hamburg.

## Schluss mit Wirrwarr

**Bildungsumfrage: Menschen wollen einheitliches Schulsystem**

Das Bildungssystem in Deutschland findet keine Gnade vor den Augen der meisten Deutschen. Das ergab eine umfangreiche Umfrage der Bertelsmann-Stiftung und der Unternehmensberatung Roland Berger. Vor allem die von Bundesland zu Bundesland verschiedenen Schulsysteme und Schulbücher ernten Kritik.

Garrelt Duin sieht eine alte Forderung dadurch bestätigt: „Schluss mit dem Wirrwarr in der

Bildung.“ Falsch verstandener Bildungs-Föderalismus schadet Kindern, Eltern und Wirtschaft. Unser Schulsystem ist ineffektiv. Es muss einheitlich, aber flexibel sein. Duin: „Sechs Jahre Grundschule, Gesamtschulen und Gymnasien. Wir brauchen mehrere Wege zum Abitur - über Gesamtschulen, Gymnasien, Berufsbildenden Schulen und Erwachsenenbildung. Nur so schöpfen wir alle Bildungsreserven aus und sorgen für gleiche Chancen.“ Alle Schulen müssen ganztagig geöffnet sein.

## Brüderle ein Leisetreter

**Wirtschaftsminister gibt schwache Figur in Brüssel ab**

Wirtschaftsminister Brüderle ist in Brüssel ein Leisetreter. Der FDP-Politiker vertritt bei der EU nicht stark genug die Interessen der Arbeitnehmer und der Wirtschaft. Das rechnete Garrelt Duin in einer Aktuellen Stunde im Bundestag der Regierung vor. Anlass war die geplante Änderung der EU-Energiesteuerrichtlinie, die den Diesel teurer machen wird, wenn man die EU lässt.

Duin: „Namentlich Wirtschaftsminister Brüderle bringt die Inte-

ressen der deutschen Autofahrer und der Autoindustrie hier nicht zur Geltung.“ Dafür gibt es noch mehr Beispiele. Brüderle versäumt es, Zukunftsfragen wie Elektro-Mobilität oder europäisch abgestimmte Steuersysteme in Brüssel auf die Tagesordnung zu bringen. Auch das erfreuliche Wirtschafts-Wachstum in Deutschland lässt er ungenutzt. Duin: „Er muss jetzt Leiharbeit einschränken und eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung einführen.“

## Regierung ohne Ideen gegen steigende Energiekosten

Jetzt geht es ans Eingemachte: Mit dem nahenden Ende der Atomkraft und der Beschleunigung der Energiewende tritt die Frage nach den Kosten für die Verbraucher in den Vordergrund. Garrelt Duin: „Die SPD will die Energiewende, aber sie wird streng darauf achten, dass Energie bezahlbar bleibt.“ Die privaten Haushalte in Deutschland haben im vorigen Jahr 1370

Milliarden Euro für den Konsum ausgegeben. Das waren 32 Milliarden oder 2,4 Prozent mehr als im Vorjahr.

Größter Posten war das Dach über dem Kopf. Wohnen, Strom, Heizung und Wasser verschlangen 334 Milliarden Euro. Das ist knapp ein Viertel aller privaten Konsumausgaben.

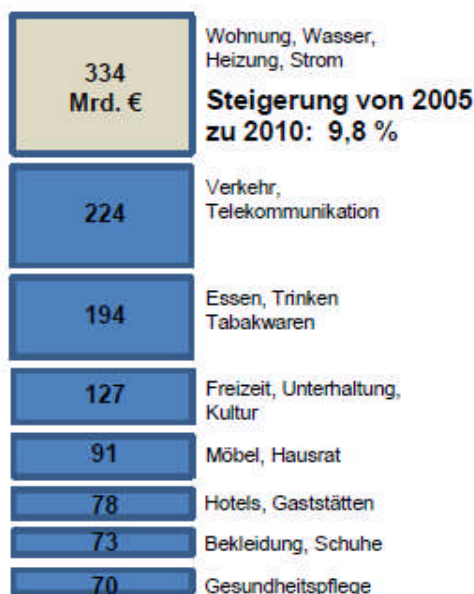
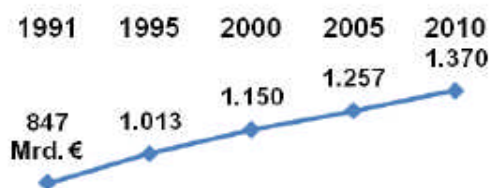
Diese Kosten sind in den vergangenen fünf Jahren um zehn Prozent nach oben geklettert. Garrelt Duin: „Schwarz-Gelb hat keine Ideen, wie die steigenden Energiekosten sozial abgedefert werden können.“ Die Sozialdemokraten fordern einen sozial-ökologischen Lastenausgleich und einen Fonds für Energie-Effizienz, um Gebäude gegen Energieverlust zu dämmen. Mie-

ter dürfen nicht überfordert werden. Das ist Arbeitsgrundlage der SPD-Bundestagsfraktion.

### Die Energie-Frage

Alle Konsumausgaben\* der privaten Haushalte in Deutschland in Milliarden Euro

darunter  
2010 für:



### Spruch der Woche

„ ... “

Silvana Koch-Mehrin, MdEP, schweigt bereit zu den gegen sie erhobenen Plagiatsvorwürfen in Bezug auf ihre Doktorarbeit

### Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 - 227 - 70145  
Fax: 030 - 227 - 76445  
garrelt.duin@bundestag.de  
www.garreltduin.de

\* im Inland  
Quelle: Statistisches Bundesamt, Planungsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion